



Hans-Peter Thietz meint:

Der Euro und die Krise

Fortwährend versucht man uns einzureden, der EURO sei an sich eine gute Sache, nur hätten wir und insbesondere die südlichen Nationen ständig über unsere Verhältnisse gelebt und uns dadurch mehr und mehr verschuldet. Also sei die jetzige Krise gar keine Krise des EURO, sondern eine Verschuldungskrise.

Deshalb müssten die Staaten nur sparen, also ihre Ausgaben zurückfahren, verbunden mit einer per Verfassung verbindlichen Verschuldungsbremse, notwendige strukturelle Veränderungen vornehmen und alles würde wieder bestens. Deshalb wären die diversen Rettungsschirme auch kein rausgeworfenes Geld, sondern nur eine Art Überbrückungskredite, mit denen diese Staaten wieder auf die Beine kommen und somit in die Lage versetzt werden, die gewährten Kredite wieder zurückzuzahlen. Im Gegenteil, das wäre für uns sogar ein gutes Geschäft, da diese Staaten ja das Geld mit Zinsen zurückzahlen würden. Und so wäre es voll gerechtfertigt, auf diese Weise den EURO zu retten, „koste es, was es wolle.“

Da jedoch Griechenland trotz der Kredite kurz vor der Staatspleite steht, und auch Spanien und Italien in eine Abwärtsspirale geraten sind, selbst Frankreich ist wohl betroffen, scheint diese Argumentation wohl an den eigentlichen Ursachen vorbei zu gehen. Und tatsächlich - die wahren Gründe des sich abspielenden Desasters sind völlig andere.

Wir haben es im Wesentlichen mit zwei Hauptfaktoren zu tun, die - an sich unabhängig voneinander - sich zudem überlagern und so zu der derzeitigen Brisanz führen:

- das bestehende Zins- und Zinsezinsensystem
- und zum anderen die Vergewaltigung der sehr unterschiedlichen europäischen Volkswirtschaften durch die aufoktroierte EURO-Gemeinschaftswährung.

Es ist eine an sich bekannte Tatsache, dass Bäume nicht in den Himmel wachsen können, was in gleicher Weise für jedes Geldsystem zutreffend sein muss, das auf dem Zinssystem beruht.

Durch den Zins- und besonders Zinsezinseneffekt findet nach einem Neustart ein zuerst langsames, dann aber sich exponentiell beschleunigendes und so außer Kontrolle geratendes finanzielles Wachstum statt, dem eine ebenso ausufernde Verschuldung gegenübersteht. Es wird versucht, diese durch ein gefordertes stetiges Wirtschaftswachstum auszugleichen, denn irgendwo müssen ja die zu bedienenden Zinsen der Kredite herkommen. Man betrachte das nur einmal logisch - bei gleichbleibender Volksgröße und erreichter Marktsättigung ist jedes weitere Wirtschaftswachstum überflüssig, da hierfür gar kein Absatzmarkt vorhanden sein dürfte. Aber jede Volkswirtschaft ohne ein solches Wachstum sei krank - stattdessen wäre sie voll gesund, wenn sie sich auf gleicher Ebene weiterbewegen würde. So wird die Zinsbelastung der Staatshaushalte allein durch das Zinsezinsensystem immer höher, bis das Finanzsystem nach 50 bis 60 Jahren explodiert und ein Crash stattfinden muss. Und dieser Zeitpunkt ist eben jetzt in etwa erreicht, und wenn wir von der letzten Währungsreform um 1948 ausgehen, sogar bereits überschritten.

Wie eigentlich allgemein bekannt, muss jede Volkswirtschaft ihre Währung ihrer Wirtschaftsleistung gegenüber dem internationalen Umfeld anpassen und im Bedarfsfall abwerten können, wodurch sich die Exporte verbilligen und Importe verteuern und sich so für die betreffende nationale Wirtschaft wieder von allein ein wettbewerbsfähiges Gleichgewicht einstellen kann.

Und dieser Regelmechanismus ist den EU-Staaten durch den transnationalen EURO genommen, wodurch zwangsläufig sich mehr und mehr verschärfende Spannungen aufbauen, die ein gemeinsames Europa nicht fördern, sondern dieses stattdessen spalten. Ein deutlicher Beweis hierzu:

Bei dem Vorläufer des EURO, damals als ECU benannt, hatte man als ersten Schritt zur Währungsunion im „Europäischen Währungssystem“, dem EWS, bereits die Wechselkurse der nationalen Währungen zum ECU fixiert. Und - das zeigte sich als unhaltbar - zwischen 1979 und 1997 mussten 22-mal die Kurse neu angepasst werden! Das zeigt deutlich, dass die nationalen Volkswirtschaften ständige nationale Währungsanpassungen benötigten und ein transnationaler EURO auf Dauer keinesfalls funktionieren konnte, ohne

wirtschaftliche Schädigungen in den einzelnen Ländern. Und obwohl dieser Beweis vorlag, hat man dennoch aus politischen Illusionen heraus den EURO durchgesetzt.

Dies alles zeigt, dass die immer gigantischer werdenden Rettungsschirme völlig verfehlt sind und es aus dem Zinsezinsendesaster kein Entkommen gibt! Wir müssen diesem bevorstehenden Crash ins Auge sehen, der systembedingt in zyklischer Folge stattfindet. Eine künftige Abhilfe kann nur durch ein zinsloses Geldsystem erfolgen - die islamische Welt mit ihrem Zinsverbot zeigt, dass das durchaus realisierbar ist - aber hierzu gibt es keinerlei Anzeichen. Im Gegenteil - die Hochfinanz dürfte einen solchen Ansatz scheuen, wie der Teufel das Weihwasser, und so wird es wohl vorerst mit dem Start in einen neuen Crashzyklus so weitergehen.

Zum anderen ist es zwingend notwendig, zu den nationalen Währungen zurückzukehren, also auch zu einer D-Mark 2, die nach vielen Hinweisen bereits sicherheitshalber gedruckt vorliegen soll, wobei der EURO als transnationale Verrechnungsbasis, gegen den die nationalen Währungen dann frei anpassbar sind, durchaus beibehalten werden könnte.

Das Argument, wir müssten den EURO unbedingt bereits aus nationalem Interesse am Leben erhalten, da dann Kredite von derzeit etwa 80 Milliarden verloren seien, hat keine Berechtigung, denn der Schaden wird größer und größer, je länger sich diese Agonie des Euro noch hinzieht. Und wenn man diese Rückkehr zu nationalen Währungen geordnet vollzieht, sind entsprechende Anpassungsregelungen durchaus denkbar, die diese Kreditverluste dann auf ein Minimum reduzieren könnten.

Bleibt die Frage, ob man sich nach dem zu erwartenden Crash dann zu einer goldgedeckten Währung entschließen sollte, wofür vieles zu sprechen scheint. Diese bei näherer Betrachtung recht diffizile Frage, wie auch das Problem der statt des ursprünglich unverrückbaren Grundsatzes der Subsidiarität* immer autokratischer ausufernden EU soll in einem nächsten Beitrag behandelt werden.

Ihr H.-P. Thietz

*Subsidiarität - vorrangig verbleiben alle Rechte national, sofern in Sonderfällen kein zwingender Grund einer zentralen Regelung für alle Staaten besteht.